

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **27 (1947-1948)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die innenpolitische Gewichtsverlagerung auf dem Felde der Eidgenossenschaft ergibt nach den Nationalratswahlen ohne Zweifel ein Bild, das sich gegenüber der eben abgeschlossenen Legislaturperiode des Parlamentes von 1943 nicht wesentlich verändert hat. Die Parteistärken im neuen Nationalrat im Vergleich zum alten sind folgende:

Freisinnig-Demokratische Partei:	bisher 47, neu 52
Katholisch-konservative Partei:	bisher 43, neu 44
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei:	bisher 22, neu 21
Sozialdemokratische Partei:	bisher 55, neu 48
Partei der Arbeit:	bisher 1, neu 7
Liberalkonservative Partei:	bisher 8, neu 7
Landesring der Unabhängigen:	bisher 6, neu 8
Demokratische Partei:	bisher 6, neu 5
Splitterparteien:	bisher 6, neu 2

Die Schlüsse, die sich aus diesem Zahlenbild ergeben, sind nicht sehr schwer zu ziehen. Man kann sagen, daß

die bürgerliche Position verstärkt

ist, während andererseits aber die Linke nicht wesentlich oder überhaupt nicht geschwächt erscheint. Die Stärkung des Bürgertums beruht vorwiegend in der Tatsache, daß die Splitterparteien im wesentlichen aufgetrieben wurden und ihre Mandate an den Block der Freisinnig-demokratischen Partei übergegangen sind. Das ist das eigentliche Merkmal der Wahlen auf der bürgerlichen Seite. Setzt man zu dem freisinnigen Erfolg mit einem Gewinn von 5 Mandaten in Parallele den Gewinn des Landesrings der Unabhängigen von 2 Mandaten, so ergibt sich das kennzeichnende Element, daß die Parole «Mehr Freiheit» eingeschlagen, aber nicht durchgeschlagen hat. Wäre dieses der Fall, so hätte auf der Linken ein richtiger Einbruch erfolgen müssen. Dies ist nicht geschehen. Und spürt man den weiteren Elementen nach, die für dieses Wahlergebnis bestimmend waren, so sieht man sich unwillkürlich in die größeren Zusammenhänge geführt. Es ist gewiß, daß der große planwirtschaftliche und staatssozialistische Vorstoß der Linken, welcher das eigentliche kennzeichnende Merkmal dieser Nachkriegsperiode hätte werden sollen, gescheitert ist, soweit die Schweiz in Frage steht. Andererseits aber war der Eindruck des vielfältigen Versagens sozusagen aller staatssozialistischen Experimente im Ausland noch nicht stark genug, um das Bürgertum zu dem Gegenstoß zu befähigen, durch welchen ein Einbruch in die Positionen der Linken hätte erfolgen müssen. Das kommt wahrscheinlich daher, daß diese Erfahrungen, die das Ausland macht, erst noch jungen Datums sind, und daß sie deshalb noch nicht in genügender Weise propagandistisch

haben ausgewertet werden können. Das heißt aber nicht, daß dieser Gegenstoß des Bürgertums nicht ein anderes Mal werde gelingen können, sei es bei kantonalen oder kommunalen Wahlen, oder bei der nächsten Bestellung des Nationalrates. Freilich können bis dahin andere Ereignisse eingetreten oder andere Probleme in den Vordergrund getreten sein, die dann diese Fragen in den zweiten Rang verweisen möchten.

Für heute ist aber jedenfalls als wichtig, ja als entscheidend festzuhalten, daß, soweit unser Land in Frage steht,

der planwirtschaftliche Vorstoß der Linken abgeschlagen

und, wie die Dinge international liegen, vielleicht endgültig gescheitert ist. Dies ist ohne Mühe der Schreibweise der sozialdemokratischen Presse nach den Wahlen zu entnehmen. Man kann in dieser Beziehung ohne weiteres von einer Katzenjammerstimmung reden, so wenn man das «Volksrecht» oder die «Berner Tagwacht» zur Hand nimmt. Damit aber dürfte auch die «Neue Schweiz» vorerst erledigt sein und aus Abschied und Traktanden fallen. Wer übrigens während der Wahlkampagne einigermaßen aufmerksam hinhorchte, konnte feststellen, daß die «Neue Schweiz» schon damals als Parole nur noch eine geringe Zugkraft aufwies. Jedenfalls wurde die Propaganda mit diesem Begriff nur sehr zurückhaltend betrieben, und man hatte den Eindruck, als sei ihren Propagandisten selbst nicht mehr recht wohl bei der Sache. Hier haben nun offensichtlich bei der Arbeiterschaft gewisse Bewegungen stattgefunden und die Erfahrungen im Ausland ihre vorläufige Rolle gespielt, und hier war ohne Zweifel auch die günstige Konjunkturlage der Wirtschaft von Einfluß, weil unter ihrem Zeichen die Einsatzbereitschaft für wirtschaftspolitische Experimente nicht nur beim Bürgertum gering sein mußte. Es hat sich hier anscheinend auch eine starke Einflußnahme des rechten Flügels der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere des «Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes» mit seinem Organ, der «Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung», geltend gemacht, welche unter der Führung von Konrad Ilg und der wissenschaftlichen Ägide von Professor Marbach sich übrigens von Anfang an einer ausgesprochenen Zurückhaltung gegenüber der «Neuen Schweiz» befleißigt hatten. Diese Tatsache, daß das Gros der Arbeiterschaft selbst die Postulate der «Neuen Schweiz» nur ziemlich müde verfolgte, um sie am Ende beinahe ganz im Stiche zu lassen, läßt die Vermutung zu, als sei innerhalb des sozialdemokratischen Wählerblocks eine gewisse Rechtsschwenkung eingetreten, und das ergäbe dann, zusammen mit einigen anderen Elementen — auf das gesamte Wahlergebnis bezogen — einen Zug nach der Mitte, der nur als erfreulich bezeichnet werden kann. Unter dem Gesichtspunkt einer relativen Rechtsschwenkung in der Sozialdemokratie mag auch die Tatsache der sieben Mandate der Partei der Arbeit einiges von ihrem ursprünglichen Gewicht verlieren.

Gesamthaft läßt sich also

ein befriedigendes Ergebnis

dieser Nationalratswahlen feststellen. Zu dieser Schlußnahme mögen noch andere Feststellungen beitragen, so z. B. die Tatsache, daß die agrarpolitische Position, deren Postulate immer hartnäckiger vertreten werden — und dies besonders seit der Annahme der Wirtschaftsartikel —, keine Fortschritte erzielt, sondern sogar eine leichte

Einbuße erlitten hat. So ist es beispielsweise im Kanton Bern der Bauernpartei nicht gelungen, die beiden Mandate der Jungbauern an sich zu ziehen, während der Verlust der Bauern im Kanton Zürich im wesentlichen auf persönliche Elemente zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite soll aber auch der Erfolg nicht überschätzt werden. Dazu mag u. a. die Feststellung Anlaß geben, daß die Erfolge der Freisinnig-demokratischen Partei zu einem nicht geringen Teil der Listenverbindung zuzuschreiben sind; — und daß es, ganz allgemein gesprochen, dem Bürgertum nicht gelungen ist, seine infolge der Konjunkturlage, des Zusammenbruchs der Planwirtschaft im Ausland und des Fehlens einer zugkräftigen Parole auf der Linken geradezu «optimale Situation» zu einem vollen Erfolg auszuwerten.

Das wahre Gesicht dieses neuen Nationalrates wird sich im übrigen erst in seiner praktischen Arbeit enthüllen. Als erste Probe kann hier die bevorstehende Ersatzwahl eines Mitgliedes des Bundesrates angesehen werden. Alle weiteren Elemente, wie z. B. das offenkundige Nachlassen des Schulterschlusses zwischen den Linksfreisinnigen und der Sozialdemokratie, welches eine Folge der Trennung der Demokraten von der großen Partei darstellt, sowie die Rechtsschwenkung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und, in Verbindung damit, das kommende relative Gewicht der PdA-Position, wird erst die Praxis in ihrem wirklichen Wesen erkennen lassen.

Jann v. Sprecher.

Militärische Umschau

Vorgesehene Dienstleistungen im Truppenverband für das Jahr 1948.

Der Entwurf des Militärbudgets für das nächste Jahr rechnet mit folgenden Dienstleistungen:

1. Wiederholungskurse aller Auszugsformationen und aller aus Auszug und Landwehr eventuell auch Landsturm gemischten Formationen. Dauer 20 Tage nach Militärorganisation. Im Auszug 7 Jahrgänge, in gemischten Verbänden 7 Jahrgänge Auszug und 4 Jahrgänge Landwehr. Der Verzicht auf die Einberufung der Landwehr im Jahre 1947 zwingt zu einer Einberufung von 2 Jahrgängen Landwehr im nächsten Jahr. Die Ersparnis im laufenden Jahr führt zu einer stärkeren Belastung pro 1948.
2. W.K. für die Hälfte der Landwehrebataillone der Infanterie: 9 Bat. mit 2 Jahrgängen.
3. W.K. der Flab zusätzlich 1 Jahrgang Landsturm: Einberufung in den W.K. an Stelle der Ansetzung von Ergänzungskursen von 6 Tagen, gemäß Militärorganisation (MO) 123 bis.
4. Grenzkurse: für die Hälfte der Gz.Trp., gemäß MO 123 bis, 6 Tage.
5. Ter.-Kurse, 6 Tage, für einen Drittel der Ter.Trp.: 25 Ter.Bat. der Reduitbrigaden und 20 leichte Ter.-Einheiten (MO 123 bis, Absatz 2).
6. Ergänzungskurse der Festungs-, Fuß- und Gz.-Art. von 6 Tagen Dauer, für die Hälfte der Verbände. Anwendung der Gz.-Kurse auch auf die Fest.-Art. Der Ergänzungskurs fällt zusammen mit der 3. Woche des W.K.; analoge Behandlung der Stammbataillone. Der Vorschlag bedarf noch eines in Bearbeitung befindlichen Bundesbeschlusses.
7. Zerstörungstruppen: Einführungskurs von 12 Tagen für einen Jahrgang. — Übungen an den Minenobjekten in der Dauer von 4 Tagen für 3 Jahrgänge. Die gesetzliche Grundlage ist: MO 123 bis, Absatz 2.

8. Kurse des Fl.BMD, für die Hälfte der Verbände; Organisation auf neuer Grundlage durch Bundesbeschluß, die in Bearbeitung ist.

Es ist zu hoffen, daß in der bevorstehenden Session eine Wiederholung der bemühenden Diskussionen des letzten Jahres vermieden wird und *gesetzwidrige* Beschlüsse diesmal ausgeschlossen sind.

Personalabbau im Militärdepartement

Kürzlich machte ein offiziöser Artikel «Personalabbau beim Militärdepartement» die Runde in der Presse, der den Nachweis zu erbringen suchte, daß beim Arbeitsumfang des Militärdepartements eine weitere Personalreduktion kaum möglich sei. Das Budget sieht immerhin eine Reduktion des Festungswachtkorps (FWK) von 2350 auf 2000 Mann vor. Es mag stimmen, daß bei einer Beibehaltung der jetzigen Organisation weitere Personalreduktionen nicht leicht durchführbar wären. Es ist aber eine Tatsache, daß bei einer zweckmäßigen Rationalisierung erhebliche Personaleinsparungen möglich wären, ohne daß dadurch die militärischen Interessen im geringsten beeinträchtigt würden.

Im nachfolgenden mögen *einige Vorschläge* zur Diskussion gestellt werden:

Aufhebung der Kasernenverwaltungen von Airolo und Sargans und Versetzung des Personals zur Kriegsmaterialverwaltung (KMV) und zum Festungswachtkorps (FWK).

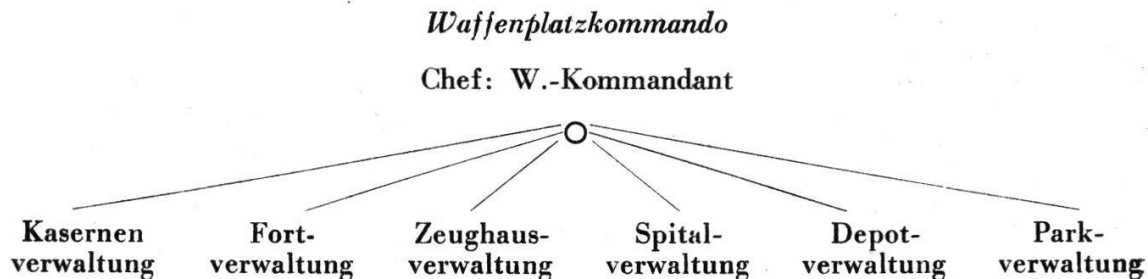
Es stellt sich sodann die Frage, ob nicht auf anderen Plätzen Dienststellen zusammengelegt werden könnten, z. B. in Thun. Hier sind: der Waffenplatzkommandant (der Gruppe für Ausbildung unterstellt), der Kasernenverwalter (dem Oberkriegskommissariat (OKK) unterstellt), die Zeughausverwaltung (der KMV unterstellt), das Militärspital (der Militärversicherung (MV) unterstellt). Vorgeschlagen wird die Zusammenfassung in einem *Waffenplatzkommando*, das seine Weisungen je nach Sachgebiet von der Gruppe für Ausbildung, dem OKK oder der KMV erhält, bzw. Abteilung für Sanität und MV. Eine solche Zusammenfassung ermöglicht sowohl eine Einsparung an leitendem Personal als auch an Hilfspersonal (Chauffeure, Kuriere usw.), während das Fachpersonal naturgemäß gleichwohl im bisherigen Umfange benötigt würde. Dagegen ist bei Stoßbetrieb eines Verwaltungszweiges Aushilfe durch einen anderen Verwaltungszweig möglich. Der Vorschlag würde eine große Erleichterung für die Truppen des Waffenplatzes Thun mit sich bringen, die nur noch mit einer Instanz zu verkehren hätten.

Auch auf anderen Waffenplätzen sollte es möglich sein, Organe des OKK und der KMV, Kasernen-, Zeughaus- und Depotverwalter in einem *Waffenplatzkommando* zusammenzufassen, analog dem Stab eines Truppenkörpers. Hier gibt es auch einen Stab unter einheitlichem Kommando, dessen Organe aber ihre Fachweisungen von den verschiedenen Fachabteilungen erhalten (Ärzte—San., Qm.—OKK, Parkof.—KMV usw.). Bei den Kantonen sind in der Regel das kantonale Zeughaus und die Kasernenverwaltung zusammengelegt. Eine noch größere Vereinfachung wäre möglich, wenn auch die bisherigen kantonalen Zeughäuser und Kasernenverwaltungen mit eidgenössischen Dienststellen zusammengelegt würden. In Zürich kennt man z. B. die Doppelspurigkeit: a) eidgenössisches Zeughaus, b) kantonales Kriegskommissariat = kantonales Zeughaus, inkl. kantonale Kasernenverwaltung, c) eidgenössisches Waffenplatzkommando = Kdo. Infanterieschulen (Zeigerpersonal, Putzer usw.). Auch hier wird ein Waffenplatzkommando vorgeschlagen. Es wäre dabei noch zu prüfen, ob diese Verwaltungsstelle auch noch mit Platzkommandofunktionen verbunden werden könnte.

In Andermatt, Brugg und Wallenstadt funktionieren die Zeughausverwalter der KMV gleichzeitig auch als Kasernenverwalter; — warum nicht überall? Wo

Kp. des FWK vorhanden sind, sollten Kasernen und Zeughäuser usw. diesem übergeben werden, analog der Direktion der Flugplätze, die neben den Flugplätzen und Schießplätzen auch die Zeughäuser und Kasernen der Fl. und Flab-Trp. verwaltet.

Zur Illustration diene folgendes Schema:



Je nach den Verhältnissen würde der eine oder andere Dienstzweig wegfallen. In jedem Falle aber gehören Kasernen- und Zeughausverwaltung zum Waffenplatzkommando. Analog besorgt die Hochschulverwaltung die Verwaltung der ganzen Hochschule, einschließlich Sonderinstitute. Es gibt keine speziellen Verwalter des chemischen, des physikalischen, des anatomischen, des biologischen Institutes usw. Eine analoge Einheitlichkeit kennen wir auch bei der Verwaltung der ETH mit all ihren Sonderinstituten, oder bei der Kantonsschulverwaltung, die für Gymnasium, Oberrealschule und Handelsschule einheitlich ist, trotz selbständiger Rektorate. Bei der PTT hat man vor einigen Jahren auch P und TT zu einheitlichen Kreisdirektionen PTT zusammengelegt.

<i>Pferdeanstalten.</i>	Personal	1947	1948
Eidg. Pferderegianstalt (EPRA)	256		302
Kavallerieremontendepot (KRD)	496		496

Die im Interesse der Rationalisierung im Prinzip vorgesehene Zusammenlegung von KRD und EPRA ist noch immer nicht in die Wege geleitet, ja das Budget sieht sogar unverständlicherweise eine Vermehrung des Personals der EPRA vor, trotz Reduktion der Kavallerie und fortschreitender Motorisierung der Armee. Warum? Rund 1500 Dragoner sind heute unberitten, weil in den Kriegsjahren die Pferdeeinfuhr stockte. Sie sollen nun nachträglich noch remontiert werden. Dies bedingt einen vermehrten Ankauf von Remonten:

1947:	1000	zu	3000	Fr. =	3 000 000
1948:	1250	zu	2800	Fr. =	3 500 000

Mit der Abrichtung der Kavallerieremonten ist z. T. auch die Regie beauftragt. Mit den 1250 Remonten pro 1948 will man die Rekruten der RS 1946 und 1947 beritten machen, mit den Remonten des Jahres 1949 die Rekruten der RS 1948 und 1949, so daß bis Ende 1949 wieder sämtliche Dragoner beritten wären. Später sollen nur noch Remonten entsprechend der jeweiligen reduzierten Rekrutenzahl der Kavallerie angeschafft werden. Warum geht man nicht umgekehrt vor, wie auch schon vorgeschlagen wurde? Nämlich Verzicht auf die Berittenmachung der Dragoner, die heute kein Pferd haben und Einteilung zu den Motordragonern. Ab 1948 erhalten die Kavallerie-Rekruten wieder Pferde. In diesem Fall müßten 1948 nur 540 Rekruten beritten gemacht werden, wozu vielleicht, einschließlich Reservepferde, 600 Pferde zu Fr. 2800 = Fr. 1 680 000 nötig wären. Unter diesen Umständen könnte statt einer Personalvermehrung ein Personalabbau beider Pferdeanstalten erfolgen, der sich im Hinblick auf die beabsichtigte Verschmelzung der beiden Anstalten sowieso aufdrängt.

Kontrollführung. Dieselbe ist zur Zeit sehr kompliziert. Für eidgenössische Einheiten gibt es drei Korpskontrollen: die Kommando-Korpskontrolle, die Korpskontrolle der betr. Dienstabteilung und die Abschriftskorpskontrolle der kantonalen Behörde, der die betr. Einheit zugewiesen wird. Es gibt sodann viele Doppelspurigkeiten, z. B. beim Sanitätspersonal: Kontrollführung durch die Abteilung für Sanität und die Abteilung, die die Kontrolle der Einheit führt, in der der Mann eingeteilt ist. Die gleiche Situation liegt auch für anderes Fachpersonal vor. Es gibt auch eine Doppelspurigkeit in der Führung der Dienstetats der Offiziere: bei der Truppe, bei der entsprechenden Dienstabteilung, beim Chef des Personellen.

Nachfolgende Vorschläge zielen auf eine Vereinfachung:

1. Zusammenfassung sämtlicher Kontrollbureaus des Bundes in ein einziges Zentralkontrollbureau. Heute führen Kontrollen: Inf. L.Trp., Art. Flugwesen, Genie, San., Vpf., OKK, Gst., Rotkreuzchefarzt, Feldpostdirektor, Generaldirektion SBB, Luftschutz, vielleicht noch weitere Stellen.

2. Aufhebung der Abschriftskorpskontrolle für eidgenössische Truppen bei den Kantonen. Die Kantone sollten in Zukunft nur noch Kontrollen über die kantonalen Truppen führen. Dies würde eine starke Entlastung der Kantone zur Folge haben. Die Entschädigung des Bundes = $\frac{1}{2}$ Ersatzsteuer könnte demzufolge reduziert werden, z. B. auf 33 oder 25 % des Militärpflichtersatzes.

3. Für jede Einheit sollten nur noch zwei Korpskontrollen geführt werden; die Kommando-Korpskontrolle und die Originalkorpskontrolle, für die kantonalen Truppen bei den Kantonen, für die eidgenössischen Truppen beim zentralen Kontrollbureau des Bundes.

Die Verwirklichung der Vorschläge würde nicht nur eine erhebliche Personalreduktion zur Folge haben, sondern die ganze Rationalisierung würde auch manchen Reibungen vorbeugen und eine raschere Abwicklung des Geschäftsganges bewirken.

Diesen Sommer konnte man in der Generalversammlung der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft der Rede von Generaldirektor Bebler entnehmen, daß eine Reduktion des Angestelltenbestandes von 450 bei Kriegsausbruch auf 360 Personen, trotz vermehrten Geschäftsganges, vorgenommen wurde. Reizt dieses Beispiel eines Privatbetriebes von weltweiter Bedeutung nicht zur Nachahmung? Eine Reduktion des Personals drängt sich auch beim Militärdepartement auf. Auch vom sozialen Standpunkt aus betrachtet ist ein Abbau in vollem Umfange gerechtfertigt, solange Handel und Industrie an Arbeitskräften großen Mangel leiden und alle Gewähr dafür geboten ist, daß die aus dem Staatsdienst entlassenen Kräfte mit Leichtigkeit einen neuen Arbeitsplatz finden.

Miles.

Brief aus Paris

Die französischen Gemeindewahlen vom 19. Oktober haben bekanntlich eine große Verschiebung im Zahlenverhältnis der Parteien herbeigeführt. General de Gaulles «Rassemblement du Peuple Français» hat 40 % der abgegebenen Stimmen und die absolute Mehrheit der Gemeindeämter erreicht und ist damit zur augenblicklich größten politischen Macht geworden.

Man stellte sich gleich nach den Wahlen die Frage,

auf welche Weise das R.P.F. seinen Erfolg ausnützen werde.

Auf parlamentarischem Gebiet ist das Problem nicht leicht zu lösen. Das M.R.P. ist im Parlament die stärkste Partei nach den Kommunisten. Aber es ist auch diejenige Partei, die bei den Gemeindewahlen die größte Niederlage erlitten hat, da sich seine Wähler von ihm losgelöst und ihre Stimmen dem R.P.F. zugeführt hatten.

Es schien jedoch nicht unmöglich, eine Neugruppierung auf breiter Basis vorzunehmen und dadurch die Bildung einer stabilen Mehrheit zu erlauben. Die Wahlen zeigen, daß in der öffentlichen Meinung ein Gefühl vorherrscht: der Überdruß an einer Politik, die sich dauernd der Linken zuneigt. Es hat den Anschein, als ob das Land augenblicklich eine Politik des «rechten Flügels der Mitte» herbeiwünscht. Mit Ausnahme der Kommunisten, und einer diesen stark zugewendeten Fraktion der Sozialisten, wären alle Parteien der Assemblée in der Lage, an einer solchen Politik mitzuarbeiten.

Es muß hinzugefügt werden, daß

die neue Taktik Moskaus

— die ihren Ausdruck in den Direktiven der Kominform findet — diese Neugruppierung erleichtert hätte. Die führenden französischen Kommunisten, Maurice Thorez und Jacques Duclos, mußten öffentlich eine Reihe von angeblichen taktischen und strategischen Fehlern anerkennen, die sie seit zehn Jahren durch ihre Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien und durch ihre Unterschätzung der amerikanischen «Gefahr» begangen hätten. Für Moskau zählt jetzt nur noch **sein Kampf gegen Amerika!**

Seither stellt sich in Frankreich die Frage einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht mehr. Diese tadeln die Sozialisten ganz besonders heftig und beschuldigen sie, sich dem amerikanischen Kapitalismus verkauft zu haben. Léon Blum würde wahrscheinlich das Schicksal Manius und Petkofs erwarten, wenn die Sowjets in Frankreich Fuß faßten.

Der Antikommunismus ist also keine Politik mehr, die geeignet wäre, die Parole *einer* Partei zu sein. Es besteht einfach ein breiter Graben zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten. Dies wiederum hat die Möglichkeit einer umfassenden Konzentration geschaffen, deren Führung normalerweise General de Gaulle zukommen müßte.

Dieser aber sorgte dafür, daß seine ganz andere Meinung sofort bekannt wurde. Er will

nicht im Rahmen der gegenwärtigen Verfassung

zur Macht berufen werden und weder unter der Kontrolle der jetzt bestehenden Parteien regieren, noch unter der eines Parlamentes, das die Verteilung der Stimmen im Lande nicht besser wiedergibt. Deshalb hat General de Gaulle die Abgeordneten gebeten — um nicht zu sagen aufgefordert —, sich aufs neue an ihre Wähler zu wenden, — nicht ohne vorher das Wahlgesetz geändert zu haben, nach dem sie gewählt wurden. Er erklärt, daß die Abgeordneten damit nur ihre Pflicht täten. Aber die Ausübung dieser Pflicht verlangt eine große Selbstverleugnung; denn für viele würde sie einem politischen Selbstmord gleichkommen.

Die politische Lage kann nach all diesem gar nicht anders als äußerst gespannt sein. Auf der einen Seite sind die Kommunisten wieder zu ihrer Taktik der sozial-revolutionären Agitation zurückgekehrt. Auf der anderen Seite wollen General de Gaulle und seine Anhänger keinen Vergleich abschließen: sie verlangen, daß man den Weg vor ihnen frei macht, damit sie den Wiederaufbau nach ihren Wünschen vornehmen können.

Zwischen diesen beiden Lagern befindet sich das, was man die «Troisième Force» nennt.

Was ist nun diese «Dritte Macht»?

Auf parlamentarischem Gebiet bildet sie die Mitte, die Mehrheit von 320 Stimmen, welche Ramadier stützte. Aber es ist die Tragödie dieser Mehrheit, daß sie im Land eine Minderheit geworden ist. Und deshalb scheint de Gaulle durchaus berechtigt zu sein, ihr zu sagen: «Macht Euch davon und überlaßt mir den Platz».

Man muß jedoch der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Dritte Macht noch etwas darüber Hinausgehendes ist: sie hat die hohen Posten inne, die Hebel der Befehlsgewalt sind in ihren Händen. Die sozialistische Partei ist zahlenmäßig schwach, aber sie ist besser als jede andere Partei in der Lage, die Regierung auszuüben, weil ihre Wählerschaft besonders aus den Kreisen der Beamten, der Intellektuellen und der Persönlichkeiten in verantwortlicher Stellung herstammt.

Die Dritte Macht hat deshalb die nicht unberechtigte Neigung, sich mit der Republik zu identifizieren. Darauf antwortet General de Gaulle, daß nicht in den staatlichen Gebäuden, nicht in den Bureaux mit den Amtsdienern und den Telephonapparaten die Republik verkörpert ist, sondern in dem Willen des Volkes.

General de Gaulle hat sich also in einen

schweren und gefährlichen Kampf

eingelassen. Aber er ist voller Zuversicht, er ist seines Sieges sicher. Und diese Zuversicht hat etwas ansteckendes. Sie ist in einer Hinsicht begründet, denn nach einer Tätigkeit von rund zehn Monaten hat die Regierung den Eindruck von Machtlosigkeit erweckt. Die in führenden Stellungen befindlichen Leute haben viel von ihrem Kredit verloren, und es ist zweifelhaft, ob sie die geeignete moralische Autorität besitzen, die es ihnen erlauben könnte, in einer so schwierigen Zeit voller Unruhen die Macht auszuüben.

Der Kampf, in den man sich eingelassen hat, ist aber vor allem aus zwei wichtigen Gründen so gefährlich: erstens, weil er nicht die Frage aufwirft, eine Regierung durch eine andere zu ersetzen, sondern die,

eine Regierungsform mit einer andern zu vertauschen.

Und, genau genommen, welche Regierungsform erstrebt General de Gaulle? Über diesen Punkt herrscht einiger Mangel an Genauigkeit. Abschaffung der Parteien, aber Rücksicht auf «geistige Familien». Betonte Trennung der exekutiven und legislativen Gewalten; — aber die Exekutive soll ihre Macht direkt vom Volk übertragen bekommen. Man kann befürchten, daß dabei gegen die parlamentarische und repräsentative Regierungsform gezielt wird.

Der zweite Grund, weshalb der Kampf gefährlich ist, hat im ersten seinen Ursprung und besteht darin, daß diese Frage der Regierungsform die Gefahr in sich birgt,

der Opposition der Arbeiterklassen

festen Form zu geben. Als unwillkürlicher Reflex wird bei ihnen der Glaube an eine faschistische Gefahr entstehen, und sie werden Neigung zeigen, sich um den Kommunismus zu sammeln. Vielleicht ist das alles nicht von einer Art, um General de Gaulle an der Ergreifung der Macht zu hindern. Aber es könnte ihn dazu zwingen, unter Anwendung von Gewalt seine Regierung auszuüben. Er würde so schließlich faschistische Methoden anwenden, ohne dies ursprünglich auch nur zum mindesten beabsichtigt zu haben.

Eine vorsichtige Politik müßte es sich versagen, durch die gemeinsame Bezeichnung «Separatisten» die in der Partei eingeschriebenen militanten Kommunisten mit denjenigen zusammenzubringen, die nur bei den Wahlen kommunistisch gestimmt haben. Man kennt die Zahl der in der Partei eingeschriebenen nicht genau, aber man schätzt sie auf sieben- bis achthunderttausend. Das wahre Problem bestände darin, von diesen authentischen Separatisten die vier Millionen Wähler, die für jene nur gestimmt haben, loszutrennen und sie nicht ins Dunkle zurückzu stoßen. Die Dritte Macht wäre in der Lage, die Schlacht zu gewinnen, wenn sie eine solche Operation durchführen könnte. Aber das ist eben zweifelhaft. General de

Gaulle glaubt nicht an das tatsächliche Vorhandensein der Dritten Macht. Geistreich hat er sie als eine «Genossenschaft zur Konservierung» bezeichnet, was als «Konservierung der Privilegien und der erworbenen Stellungen» zu verstehen ist. Wenn die Dritte Macht nichts anderes sein kann, dann sind die Würfel gefallen. Aber es ist durchaus nicht gesagt, daß sie unter dem Druck der Verhältnisse nicht die Fähigkeit fände, sich zu organisieren und zu etwas Festem zusammenzuschmieden. Es brauchte dazu auf jeden Fall einen starken Willen. Für den Beobachter ist es klar, daß die Geister beunruhigt sind. Die Wendung, welche die Ereignisse genommen, hat bei vielen Franzosen wahre Gewissensfragen entstehen lassen. Sie wissen, daß General de Gaulle aufrichtig ist, wenn er sich auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zum öffentlichen Wohl beruft. Sie achten seine Uneigennützigkeit, seinen patriotischen Glauben, die hohe Warte, von der aus er alles ansieht, die Kraft seines Geistes. Sie fragen sich, ob es nicht eine zur Wiederaufrichtung des Landes notwendige Etappe sei, wenn er die Macht ergreife. Aber sie verstehen es nicht ganz, weshalb diesem Bestreben die Vernichtung dieser Dritten Macht vorausgehen soll, die vielleicht gar keine «Macht» ist, sondern eine Konzeption der Republik, der es zur Ehre gereicht, so viel getan zu haben, um das Gespenst des Bürgerkrieges zu bannen.

Bertrand de la Salle.

Londoner Brief

Das Parlament tagt wieder und gleich seine Eröffnung hat gezeigt, daß die Umbildung der Regierung, die Attlee in den Ferien durchgeführt, ihre politische Weisheit nicht merkbar vermehrt hat. Die Ankündigung der Thronrede, daß

die Befugnisse des Hauses der Lords

durch Verkürzung des Suspensiv-Effekts seines Vetos von zwei auf ein Jahr geschwächt werden sollen, wirkte als eine vollkommene Überraschung. Mit anderen Worten: es fehlt vollständig an einer populären Bewegung für einen solchen Eingriff. Das war vollkommen anders, als die liberale Regierung Asquith vor mehr als einem Vierteljahrhundert das absolute Veto der Lords in ein suspensives umwandelte. Damals fühlte das ganze Volk, daß von dem Oberhaus eine politische Krise ausging, die so oder so entschieden werden mußte. Davon ist heute keine Rede. Selbst die Sprecher der Regierung haben anerkennen müssen, daß die Lords ihre Befugnisse mit staatsmännischer Mäßigung gebraucht und ihr keinen Grund zur Beschwerde gegeben haben. Es wirkte ein bißchen lächerlich, wenn jetzt Morrison die Sitzung, welche die Lords während der Sommerferien des Unterhauses gegen den Willen der Regierung abgehalten hatten, zum Verzeihen eines kommenden Sturms aufbauschte. Jedermann weiß, daß der plötzliche Entschluß des Kabinetts ganz andere Gründe hat. Seine Mehrheit hat dem Drängen der radikalen Minderheit widerstanden, jetzt die Verstaatlichung der Eisen- und Stahl-Industrie vorzuschlagen. Aus guten Gründen, denn sie weiß genau, daß ein solches Experiment in dieser Zeit eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen würde. Als Gegenleistung verlangte die Minderheit, vertreten besonders durch den bereits mit seinem Wohnungsbau-Programm gescheiterten Aneurin Bevan, dieses Gesetz gegen die Lords, damit sie die Verstaatlichung des Stahls nicht vereiteln können, wenn diese in der nächsten Session von der Mehrheit des Unterhauses durchgedrückt werden sollte. Die Antwort auf dies Argument ist sehr einfach: siegt Labour bei den Neuwahlen von 1950, so kommt es auf diese Verzögerung nicht an; unterliegt

es aber, so zeigt sich, daß die Verstaatlichung dem Willen der Wählerschaft widerspricht und nie hätte versucht werden sollen. Besonders bezeichnend für diese Art von Politik ist, daß die Regierung das eigentliche Problem des Hauses der Lords, nämlich seine Zusammensetzung, nicht in Angriff zu nehmen wagt.

Daß die Wählerschaft für den künstlich heraufbeschworenen Kampf gegen das Oberhaus zum mindesten keine Neigung hat, zeigte die schwere Niederlage der Regierung bei den

Wahlen zu den Gemeindevertretungen

am 1. November. Von diesen hat sich alle Jahr ein Drittel der Neuwahl zu unterwerfen. Diesmal standen in ganz England und Wales 3300 Sitze auf dem Spiel. Dabei verlor Labour 650 von denen, die es bisher gehabt hatte, und zwar zum weit- aus überwiegenden Teil an die Konservativen. Die kommunistischen Kandidaten fielen sämtlich durch. Die ungewöhnlich große Zunahme der konservativen Stimmen zeigt, daß die keiner Partei fest verbundenen mittleren Schichten, die Labour 1945 zu seinem Triumph verholfen hatten, tief enttäuscht sind und dies der Regierung mit dem Stimmzettel zu verstehen gegeben haben. Die sozialistische Presse sucht sich über den Rückschlag mit der Erklärung zu trösten, daß die Konservativen agitatorisch die Unzufriedenheit über Einschränkungen ausgenutzt hätten, zu der jede Regierung, gleichviel welcher Partei, in dieser Zeit der Not gezwungen gewesen wäre. Aber dies ist tatsächlich nicht richtig. Gewiß haben diese Einschränkungen die Stimmung beeinflußt, aber entscheidend war der Eindruck, daß die Regierung ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist und von Tag zu Tag «fortwurstelt», wie die Österreicher es einstmals nannten. Aber selbst wenn in der sozialistischen Interpretation mehr Wahres wäre, könnten sich Partei und Regierung nicht darüber beklagen, denn es liegt nun einmal in dem sozialistischen System, daß es die Verantwortlichkeit der Regierung ganz gewaltig erhöht. Gustav Freytag charakterisiert einmal in seinen «Bildern aus der deutschen Vergangenheit» das patriarchalische System Preußens von Jena durch die Bemerkung: wenn einer Bauersfrau, die ihre Produkte zur Stadt brachte, bei einem Streit mit der Torwache ihre Eier zerschlagen wurden, so machte sie den König persönlich dafür verantwortlich. Das ist das notwendige Schicksal jeder Regierung, die sich anmaßt, dies tägliche Leben von oben her zu regulieren, gleichviel ob sie eine absolute Monarchie oder eine sozialistische Demokratie ist.

Dies Gefühl greift sogar bis in die Kreise der Arbeiterpartei selbst hinein. Bei der Debatte über die Verordnung, welche der Regierung das

Recht zur Disposition über die Arbeitsplätze

(Direction of Labour) gibt, protestierte einer der Veteranen der Partei, der siebzig-jährige Abgeordnete Rhys Davies, mit dem ganzen Feuer eines idealistischen Radikalen gegen diese Einschränkung der persönlichen Freiheit. Er ist nicht der einzige, der sich in seiner Jugend für den Sozialismus begeisterte, weil er von ihm eine freiere Welt erhoffte, und der nun mit Grauen sieht, wie weit die Verwirklichung von diesem Ideal abweicht.

Der Ausgang der Munizipalwahlen zeigt auch, daß der letzte Trumpf, den die Regierung gegen Churchill auszuspielen liebte, nämlich daß er kein positives Programm habe, nicht sticht. Die Wähler teilen offenbar vielfach seinen Standpunkt, die Opposition könne sich nicht auf ein detailliertes Programm festlegen, solange weder der Zeitpunkt vorzusehen sei, wann sie die Verantwortung übernehmen könne, noch die wirtschaftliche und politische Lage, mit der sie sich dann auseinanderzusetzen haben werde. Ein so erfahrener Politiker wie Churchill kennt die alte Regel, daß man seinen Gegnern nicht den Gefallen tun soll, das zu sagen, was sie am liebsten hören wollen. Aber man darf vielleicht vermuten, daß seine Zurückhaltung in diesem Punkte tiefer motiviert ist. Ihm ist nicht verborgen, daß

jede Regierung, welcher Partei auch immer, voraussichtlich um einen Konflikt mit den Trades Unions nicht herumkommen kann.

Die Politik der Gewerkschaften

hat zwei große Ziele: höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Dieses Programm ist in der Zeit des großen Aufschwungs der privatkapitalistischen Wirtschaft entstanden und hatte damals seine volle Berechtigung. Aber die Zeiten haben sich gründlich geändert. Die Not der Gegenwart verlangt sicherlich längere Arbeitszeit — man denke nur an die Bemerkungen des Harriman-Berichts über die englische Kohlenproduktion — und wahrscheinlich auch niedrigere Löhne. Was Besseres könnte der Arbeiterregierung passieren, als wenn Churchill ihr durch eine vorschnelle Programmverkündung die Möglichkeit geben würde, das Odium der doch einmal unumgänglichen, aber höchst unpopulären Maßregeln auf ihn abzuwälzen?

Für die Ängstlichkeit, mit der die Regierung solchen Maßregeln aus dem Wege geht und vor einer Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften zurückschreckt, ist auch

das Herbstbudget

bezeichnend, das Dr. Dalton als letzte Amtshandlung am 12. November dem Unterhaus vorgelegt hat. Ein zweites Budget in einem Jahr ist etwas höchst Ungewöhnliches, das nur durch ganz besonders dringende Umstände gerechtfertigt werden kann. Sie lagen diesmal, wie allgemein anerkannt wird, in dem Druck einer Inflation, die mit der Durchführung des neuen Exportprogramms noch steigen muß. Je mehr es das Angebot von Waren auf dem Inlandsmarkt einschränkt, desto stärker muß der Druck der überschüssigen Kaufkraft werden. Der Zweck des Budgets ist also, diesen Überschuß aufzusaugen. Das Budget sucht dies durch einige Erhöhungen von Steuern, besonders der Umsatzsteuer, zu erreichen. An diesen Vorschlägen ist im allgemeinen nicht viel auszusetzen. Aber hier machte sein Verfasser Halt. Er versuchte nicht, die Ausgaben herabzusetzen. Insbesondere läßt das Budget die staatlichen Subsidien für Nahrungsmittel bestehen. Dabei mußte Dalton bekennen, daß der Betrag dieser Subsidien für das laufende Steuerjahr 392 Millionen Pfund erreicht. Mit anderen Worten: Großbritannien gibt in dieser Zeit der Not jeden Tag etwa zwanzig Millionen Schweizer Franken aus, damit jeder Engländer etwa 8 £ an den Nahrungsmitteln erspart, die er im Laufe des Jahres verzehrt. Die Summe der Subsidien entspricht etwa einem Drittel des geschätzten Aufkommens aus der Einkommensteuer. Kein Wunder, daß diese auf dem exorbitanten Satz von 45 % stehen bleibt. Daß eine Einschränkung der Subsidien den Konsumenten unerträglich belasten würde, kann niemand behaupten. Die Statistik zeigt, daß der Engländer einen geringeren Prozentsatz seiner Ausgaben auf Nahrungsmittel verwendet, als z. B. der Amerikaner. Dalton selbst teilte noch mit, daß der Versuch, den Tabakkonsum durch die sehr kräftige Steuererhöhung vom Frühjahr zu drosseln, gescheitert ist, d. h. die Kaufkraft der Raucher war der neuen Steuer gewachsen. Es sind somit keine finanzpolitischen Gründe, welche die Regierung leiten, sondern einfach die Angst vor den Gewerkschaften, die den Wegfall der Subsidien mit neuen Lohnforderungen beantwortet hätten. Die enge Verbindung zwischen Regierung und Gewerkschaften wirkt sich nicht etwa darin aus, daß diese sich den höheren Gesichtspunkten der Regierung anpassen, sondern umgekehrt dahin, daß die Regierung sich den Interessen der organisierten Arbeiterschaft unterwirft.

So bleibt der Preismechanismus des Marktes ausgeschaltet, und weite Kreise der Bevölkerung werden weiter in dem Irrglauben erhalten, daß die Lage in Wirklichkeit gar nicht so schlimm sei. Wie lange kann diese Politik der Illusionen noch andauern?

«Heute noch auf stolzen Rossen, morgen durch die Brust geschossen». Kaum hatte der

Schatzkanzler Dr. Dalton

unter dem Beifall seiner Parteifreunde seine Budgetrede geschlossen, so war er ein erledigter Mann. Denn eine Viertelstunde ehe er seine Rede begonnen, war in einer Londoner Abendzeitung eine genaue Voraussage seines Budgets erschienen, und er selbst war es gewesen, der den betreffenden Journalisten informiert hatte. Kein Mensch in England glaubt, daß Dalton dabei selbstsüchtige Motive hatte. Es war nichts weiter als eine unbedachte Indiskretion, aber eine Indiskretion, der sich niemand weniger schuldig machen darf, als der Leiter der Staatsfinanzen. So fest steht dieser Grundsatz, daß Attlee nicht zögerte, Daltons angebotene Resignation anzunehmen, so schwer es ihm auch fallen mußte. Ebenso zwangsläufig war sein zweiter Schritt: zu Daltons Nachfolger.

Sir Stafford Cripps,

den bisherigen Wirtschaftsminister, zu bestellen. Er ist der einzige im Kabinett, der dieser Aufgabe gewachsen ist. Cripps ist eine Persönlichkeit von hohen Gaben. Dieser Sohn Lord Parmoors war einer der angesehensten und erfolgreichsten Londoner Advokaten und eine Autorität auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes. Politisch ist er oft seine eigenen Wege gegangen, so daß die Labourpartei vor dem Krieg gezwungen war, ihn auszuschließen. Er ist ein Mann von streng religiösen Überzeugungen mit einer starken Neigung zur Askese, der keine Bedenken hat, auch Anderen Entsagung zuzumuten. Ob auch den Gewerkschaften, bleibt abzuwarten. Da er die oberste Leitung der Wirtschaftspolitik mit seinem neuen Amt vereinigt, ist seine Stellung außerordentlich stark. Wie allgemein die Überzeugung ist, daß er die Finanzen in einem anderen Geist leiten wird als Dalton, zeigte sofort die Börse. Während sie das Budget mit einer Hausse begrüßt hatte, reagierte sie auf Crippes' Ernennung mit einer scharfen Baisse, die sowohl die Staatspapiere wie die Industrieaktien ergriff.

*Ignotus.***Brief aus Österreich**

Aus *Wien* wird uns geschrieben:

Osterreich, dieses schwer geprüfte Land, rüstet sich zu einem neuen Winter. Die plötzlich hereingebrochene Kältewelle im Oktober ließ die alten Schreckgespenster aus dem vergangenen Jahr wieder auftauchen. Sie bedeuten für tausende Familien vermehrte Sorgen und Leid ohne Maß. Nur der, der hier mitten unter ihnen wohnt, wird das begreifen können. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Substanz dieses Volkes heute schon völlig aufgebraucht ist. Das Schlimmste aber ist wohl die Tatsache, daß keine Anzeichen einer Besserung vorhanden sind, die den Menschen einen neuen Auftrieb zum Aushalten geben könnten. Noch immer fällt das Auge auf bretterverschlagene Fenster, auf erbärmlich gekleidete Menschen und in leere Auslagen. Die

Lage des kleinen Mannes

ist seit Kriegsende nicht besser geworden. Die Zuteilungen an Lebensmitteln sind gleich schmal und unzureichend. Infolge der Dürrekatastrophe fielen zahlreiche einheimische Produkte aus, vor allem Kartoffeln. Wie im Vorjahr sitzen auch heuer wieder die Menschen in Mänteln in den kalten Büros und Ämtern. Die Wiener Straßen sind mit Einbruch der Dämmerung in Dunkel gehüllt und glücklich diejenigen, die eine Petroleumlampe oder Kerzen haben auftreiben können: denn Licht kommt vielfach erst in den Abendstunden.

Es ist kein Wunder, wenn die Grundeinstellung des Österreicher eine durchaus pessimistische ist. Seit mehr als zwei Jahren deklarieren die Großmächte Österreich als «befreiten», «unabhängigen», «souveränen» Staat — je nachdem wie sie dies gerade brauchen. Immer noch aber ist dieses Land besetzt und seine Bodenschätze sind ein Schacherobjekt der großen Politik. Ist es nicht ein Treppenwitz unserer Gegenwart, wenn Österreich Erdöl einführen muß, weil das seine den Russen «gehört» und diese damit ihre eigenen Geschäfte — bald mit den slawischen Staaten, bald mit dem inneren Schleichhandel machen? Fremde Militärgerichte sprechen ihre Urteile und lassen Menschen ohne vorherige Verständigung der Angehörigen außer Landes schaffen.

In 77 Sitzungen hat die von der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr beauftragte

Viermächtekommission

das Thema «Österreich» durchbesprochen und dabei keine Einigung erzielt. Es scheint fast so, als ob die Uneinigkeit der Siegermächte auch den Untergang Mitteleuropas bringen wird. Die Differenzen der Amerikaner und Russen werden heute ja nicht nur in der UNO, sondern auch in den besetzten Ländern ausgetragen. Sollte Österreich da eine Ausnahme machen? Täglich bringen die deutschgeschriebenen Sprachrohre der alliierten Mächte Artikel und Nachrichten, die darauf ausgehen, dem anderen zumindest im Ansehen zu schaden. Man will so die Österreicher für sich gewinnen, denn wer weiß heute schon, was die nächsten Monate bringen werden? Und daher ist es gut, sich rechtzeitig Verbündete im Lande zu suchen.

Der Propagandakrieg der Alliierten,

der in erster Linie zwischen Amerikanern und Russen geführt wird, ist in seiner Wirkung auf den Österreicher sehr interessant. Zweifellos haben die Yankees — schon infolge ihres Kontaktes mit allen Schichten der Bevölkerung — die weitaus größeren Chancen für die Zukunft. Der Österreicher ist überzeugt davon, daß der Kontinent jenseits des Ozeans nichts von seinen Gütern will. War bisher immer schon eine latente Sympathie für die angloamerikanische Welt in Österreich vorhanden, so hat sie seit der Verkündung der verschiedenen amerikanischen Hilfen nur noch weiter zugenommen.

Die Russen können dem natürlich nur schöne Redensarten, Versprechungen und manchmal auch Warnungen entgegenstellen. Wären nicht schon im Frühjahr 1945 so viele nicht wieder gutzumachende Übergriffe von seiten der Sowjets vorgekommen, so müßte es die Bettgemeinschaft der russischen Besatzungsmacht mit den österreichischen Kommunisten sein, die jede Gewinnung des österreichischen Volkes verhindert. Rußland hat es auch in Österreich versäumt, als Macht über den kleinen Streiten der Parteien zu stehen. Die Förderung der Kommunisten hat ihm wirklich nichts gebracht, denn diese werden in Österreich immer eine bedeutungslose Gruppe bleiben.

In der Innenpolitik haben sich — rein optisch gesehen — keine besonderen Neuerungen ergeben. Ein Barometer für die politische Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten waren

die Betriebsratswahlen,

die bis Ende Dezember überall durchgeführt sein müssen. Natürlich sind sie vielfach von persönlichen Motiven bestimmt, aber trotzdem ist eine weitere Vergrößerung des sozialistischen Vorsprunges auf Kosten der Kommunisten festzustellen. Die Gründe dafür mag man vor allem in den weltpolitischen Ereignissen suchen. Es hat allgemeine Beachtung gefunden, daß die kommunistischen Mehrheiten in größeren öster-

reichischen Betrieben, wie z. B. in den Alpen Montanwerken Donawitz (über 5000 Arbeiter), sowie auch in Fohnsdorf verloren gegangen sind. Man kann den sozialistischen Anhang in der Arbeiterschaft heute sicher mit 70 % berechnen. Die dritte Gruppe, nämlich die Volkspartei, hat ihren sehr dürftigen Stand so ziemlich gehalten.

Es ist heute jedoch nicht zu verkennen, daß das österreichische Volk trotz der ihm gestatteten drei Parteien, die den Staat richtig «parzelliert» haben,

neue Wege zu gehen

wünscht. Wie weit dies der Fall ist, hat eine Befragung erwiesen, die eine bekannte Salzburger Zeitschrift vor einigen Wochen nach dem Gallup-System in Österreich durchgeführt hat. Sie bewies, daß 36 % der Befragten sich bei einer Neuwahl der Stimme enthalten würden, vorausgesetzt, daß nur die bestehenden Parteien zugelassen werden. Eine andere Frage, die einer «vierten Partei» galt, wurde von 49 % der Befragten positiv beantwortet. Es sind jedoch keinerlei Anzeichen vorhanden, daß der Alliierte Rat gegenwärtig einer neuen Gruppierung, wo immer sie auch stehen sollte, zustimmen würde. Vielleicht ist dies auch im eigensten Interesse Österreichs, denn ohne Zweifel würde eine neue Gruppe die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien weitgehend erschweren. Österreich kann sich aber gerade heute eine innere Uneinigkeit weniger erlauben denn jemals früher¹⁾.

Im Wirtschaftssektor

verdient vor allem die Entwicklung der Löhne und Preise beachtet zu werden. Man hat durch ein am 1. August von den Wirtschaftskammern vereinbartes Lohn- und Preisabkommen versucht, weitere Steigerungen, die eine ständige Jagd zwischen Preisen und Löhnen zur Folge haben würden, zu vermeiden. Jetzt, nach drei Monaten, muß man sehen, daß wohl die Lohnerhöhungen, nicht aber die steigende Preistendenz abgestoppt wurden. Dies geht auch aus einer Äußerung des früheren Finanzministers Dr. Kienböck hervor, welcher der allgemein verbreiteten Meinung widersprach, es bestehe heute ein gewaltiger Geldüberhang, der eine Abschöpfung durch Einziehung oder Abstempelung der Banknoten rechtfertigen würde. Die Preise sind nämlich den Löhnen schon so weit vorgeeilt, daß allein dadurch die Kaufkraft der Bevölkerung auf das Dringlichste beschränkt bleibt. Trotz dieser für die unteren Schichten kaum mehr tragbaren Lage haben die Gewerkschaftsführer große Disziplin bewiesen. Staatssekretär Mantler, der Präsident der Arbeiterkammer, hat in einem Aufsatz zu diesen Fragen Stellung genommen und erklärt, daß trotz des unleugbaren Anspruches der Arbeiterschaft auf weitere Lohnerhöhung alles getan werden müsse, um die Inflation zu vermeiden. Diese würde nämlich von den armen Schichten der Bevölkerung weit größere Opfer verlangen, als es die gegenwärtigen seien.

Das Währungsproblem,

das an und für sich zu den schwierigsten Fragen eines Staates gehört, wird in Österreich allerdings durch die Tatsache, daß jedes beschlossene Gesetz eine dreißigtägige Wartefrist vor dem Alliierten Rat hat, noch weiter kompliziert. Man kann verstehen, daß die Scheu der Regierung, auf diesem Gebiet Entscheidungen zu treffen, auch von dieser Bestimmung diktiert ist. Da aber eine Räumung Österreichs durch die vier Besatzungsmächte nicht in nächster Nähe steht, wird wohl schon in den folgenden Wochen das längst fällige Währungsexperiment beginnen, von dem man nur hoffen kann, daß es Österreich nicht vollends in den Abgrund reißt.

¹⁾ Das scheinen recht beachtenswerte Anzeichen zu sein. *Schriftleitung.*